

"GEKAUFTE ZEIT"

Krise? Verschieben!

Wolfgang Streeck beerdigt den demokratischen Kapitalismus.
Aber ist damit die Demokratie am Ende?

VON Christoph Möllers | 07. März 2013 - 07:00 Uhr

Das Ende des demokratischen Kapitalismus ist gekommen. Dies ist – aus der Mitte der deutschen Sozialwissenschaften – die verstörende Quintessenz der soeben erscheinenden Adorno-Vorlesungen des Jahres 2012. Ausdrücklich knüpft ihr Verfasser, Wolfgang Streeck, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, an die Frankfurter Kapitalismuskritik der sechziger und siebziger Jahre an, an Habermas, Offe und Adorno. Doch lesen sich diese klar geschriebenen Vorträge ganz anders als die Vorläufer. In Streecks Texten dominieren – zu Nutzen wie Nachteil des Ganzen – Empirie und Vergleich gegenüber der Arbeit am Begriff.

Der Grundfehler der alten Kritik am Kapitalismus lag Streeck zufolge darin, dessen wirtschaftliche Möglichkeiten zu überschätzen. Politische Legitimationsmängel sollten durch erfolgreiche Güterverteilung zwar nicht gelöst, aber kompensiert werden. Doch selbst diese Erwartung kann der Kapitalismus für Streeck seit Langem nicht mehr erfüllen. Die »gekaufte Zeit«, die den Vorträgen ihren Titel gibt, bezeichnet nur zuletzt das aktuelle Bemühen, den europäischen Währungsraum durch gewaltige Mittel vor dem Abgrund zu bewahren. Denn schon seit den siebziger Jahren, dies die These, sind die kapitalistischen Demokratien in Europa, in den Vereinigten Staaten und in Japan darauf angewiesen, sich auf immer neue Weise Zeit zu kaufen, um die unweigerlich kommende finale Krise aufzuschieben.

Dreimal war solch ein Aufschub, so Streeck, zu erzwingen: In den siebziger Jahren konnte nur eine chronische Inflation für Beschäftigung sorgen, bis dieser Weg für die Besitzer von Geldvermögen zu bedrohlich wurde und seine politische Akzeptanz verlor. In den achtziger Jahren brachte allein ein starkes Anwachsen der Staatsverschuldung Aufschub. Im Widerspruch zum politischen Bekenntnis von Akteuren wie Thatcher und Reagan waren diese Schulden der Preis von Steuersenkungen. Seit Beginn der neunziger Jahre schließlich sollte die Krise durch Privatisierung und Kürzung von Staatsleistungen behoben werden. Die Folge war ein langsames Wachstum der Staatsausgaben, aber auch eine starke Zunahme der privaten Verschuldung. Nur mit ihrer Hilfe konnten viele die Aufwendungen für Altersversorgung und Gesundheit finanzieren, die der Staat nicht übernehmen wollte. Die heutige dreifache Krise der Banken, der Staatsfinanzen und der Realwirtschaft verhindert bei hoher öffentlicher und privater Verschuldung sowohl Wachstum als auch Vollbeschäftigung. Verbleibende Ressourcen werden zum Schutz von Banken und den Interessen ihrer privilegierten Gläubiger verwendet – einen Ausweg gibt es nicht.

Die Analyse Streecks hält viele weitere Einsichten bereit: Er macht plausibel, wie falsch es ist, von »Solidarität« mit anderen Staaten zu sprechen, wenn es tatsächlich darum geht, deren Gläubiger auf Kosten der Bevölkerung zu entlasten. Er beobachtet, dass die Sozialwissenschaften die Unterschiede zwischen den Formen des Kapitalismus überschätzt haben. Die skizzierten Entwicklungen zeigen sich in Italien wie in Schweden, in Japan wie in den USA, in Deutschland wie in Griechenland. Ihre gemeinsame Ursache sieht Streeck nicht bei den Ausgaben, sondern bei den Einnahmen der Staaten. In einem Umfeld, in dem immer mehr Probleme nach einem öffentlichen Akteur verlangen, kann der Anteil der Staatsausgaben nicht einfach abnehmen, zumal das Wachstum der Staatsverschuldung nicht mit einem Wachstum der Staatstätigkeit zusammenhängt: Eine hohe Staatsverschuldung betrifft keineswegs nur Staaten mit einem ausgebauten sozialen Netz oder einer funktionierenden Infrastruktur. Daher ließe sich ein Gleichgewicht der Staatsfinanzen nur durch die Erhöhung der Abgaben erreichen. Dazu aber ist ein von wirtschaftlichen Interessen besetzter und von unterbelichteten ökonomischen Modellen geblendeter politischer Prozess nicht mehr in der Lage.

Die Europäische Union ignoriert die Gegner der Liberalisierung

Besondere Kritik verdient für Streeck die Europäische Union. Als überstaatliche Agentur umgeht sie diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die sich auf der Ebene der Staaten der wirtschaftlichen Liberalisierung hätten entgegenstellen können. Gewerkschaften, kritische Öffentlichkeiten und andere korporative Akteure fehlen in Europa. Ohne sie konnten, Streeck zufolge, Europäische Kommission und Europäischer Gerichtshof das Programm einer unbegrenzten Marktgesellschaft ungehindert durchsetzen. Die Einführung einer gemeinsamen Währung ist da nur der konsequente Schlussstein eines ökonomischen Regimes ohne demokratische Grundlage.

Diese Analyse entspricht in ihrer Eindeutigkeit freilich kaum den ambivalenten Tatsachen. Während sich die EU als großer Vereinheitlicher in der Tat in bemerkenswerter Weise durchgesetzt hat, spiegelt der Inhalt dieser Vereinheitlichung nicht durchgehend ein liberalistisches Muster. Noch am ehesten passt es zu Privatisierung und Subventionskontrolle, aber europäischer Umwelt-, Verbraucher- und privater Datenschutz fügen sich in dieses Bild ebenso wenig wie das Antidiskriminierungsrecht oder die Regionalförderung. Genau um die Distanz der EU zu einem scharf wirtschaftsliberalen Projekt dreht sich seit je ihr Konflikt mit den Briten. Die Gründung der Währungsunion schließlich war ein verfehelter Kompromiss zwischen nationalen Interessen. Der große Liberalisierungsplan hätte diese Union so sicherlich nicht entworfen.

Ist die Geschichte der Moderne nicht ein Aufschieben von Krisen?

Dies führt zur allgemeineren Frage, wer aus Streecks Sicht für das von ihm analysierte Geschehen eigentlich die Verantwortung trägt. In der EU sind es, wie er einräumt, oft die Mitglieder selbst. Wer aber ist verantwortlich, wenn demokratische Staaten so

handeln? Streeck unterscheidet zwischen dem demokratischen Staatsvolk und dem sich durchsetzenden »Marktvolk«, dem Inbegriff privater Anleger. Er bemerkt aber selbst, dass die beiden, etwa im Fall von Pensionsfonds, sich überlappen können. Zudem lässt er offen, wie genau das Marktvolk, das ja gerade nicht vergemeinschaftet ist, einen solchen Einfluss gewinnen konnte.

An diesem Punkt aber rächt sich die theoretische Enthaltensamkeit seines Entwurfs. Sind in ihm Akteure überhaupt vorgesehen, wie der verständlich vorwurfsvolle Ton der Vorträge suggeriert? Oder sind hier doch nur blinde Systemimperative am Werk, wie die Aussichtslosigkeit der Diagnose, aber auch die Unklarheit der Zurechnungen anzudeuten scheinen? Um das Staatsvolk aus der Verantwortung für das Marktvolk entlassen zu können, muss Streeck die aktuellen politischen Prozesse grundsätzlich delegitimieren. Zwar beklagt er die Entstaatlichung Europas als undemokratisch, doch scheinen andere Staaten auch nicht in der Lage zu sein, eine Demokratie, die den Namen verdient, zu etablieren.

In den Vereinigten Staaten, in denen ein für unseren Geschmack radikaler Wirtschaftsliberalismus weiterhin sehr populär ist, beobachtet Streeck, dass »eine zutiefst gesplante und desorganisierte Gesellschaft, geschwächt durch staatliche Repression und betäubt von den Produkten einer Kulturindustrie, wie sie sich Adorno nicht einmal in seinen pessimistischsten Momenten hätte vorstellen können, von einer in weltumspannenden Unternehmen organisierten Plutokratie in Schach gehalten wurde, der es anscheinend ein Leichtes ist, sich nicht nur Parteien, Politiker und Parlamente, sondern auch die öffentliche Meinung zurechtzukaufen«.

Ob das Expertenurteil des Sozialwissenschaftlers die Legitimation beanspruchen kann, den amerikanischen politischen Prozess für demokratisch irrelevant zu erklären? Und verdient sich eine repräsentative Demokratie mit Streeck ihre Legitimation wirklich nur dann, wenn sie als funktionierender Sozialstaat auf dem Niveau der Jahre zwischen 1960 und 1975 funktioniert? Dann wäre die Weimarer Republik wohl zu Recht untergegangen. Aus dem empirisch hochergiebigen Stück vergleichender Politikwissenschaft, das Streeck so beeindruckend entwirft, gerinnt keine politische Theorie, die ein solches Ergebnis tragen könnte.

Hier sprechen die immens aufklärenden Fakten nicht so klar für sich, wie Streeck unterstellt: Er belegt, dass soziale Exklusion zu einer Absenkung der Wahlbeteiligung führt. Aber trifft es deswegen auch zu, dass die gesamte Wahlenthaltung auf Unzufriedenheit mit dem System zurückzuführen ist? Er weist nach, dass es der staatlichen und europäischen Wirtschaftsförderung so gut wie nie gelungen ist, die Unterschiede zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Regionen zu verringern. Aber ist es keine Leistung, wenn sich auch die starken Regionen schnell entwickelt haben, den Abstand zu halten? Und folgt aus Streecks Feststellung die These, dass eine Demokratie nur in einem wirtschaftlich homogenen Raum möglich ist? Was würde ein Inder dazu sagen?

Nichts spricht dafür, dass das Bild, das Streeck uns zeichnet, zu dramatisch ist. Nichts haben seine scharfen Analysen weniger verdient als das in der deutschen Politik vorherrschende Pfeifen im Walde. Dass das Land bisher so gut davongekommen ist, hat in der Tat wenig zu sagen, zumal uns die bereits fortschreitende Verelendung des europäischen Südens traurig wenig anzugehen scheint. Doch vermag Streeck den geschichtsphilosophischen Ballast seines emphatischen Krisenbegriffs nicht abzuschütteln. Krisen gibt es nicht als solche, sondern nur vor einem Erwartungshorizont, der durch diejenigen mitdefiniert wird, die von einer Krise sprechen – und was wäre die Geschichte der Moderne anderes als das Aufschieben von Krisen? Wenn die Anrufung der finalen Krise aber ein erfolgreiches Drohmittel von Investoren war, um die Staatenwelt zu erpressen, dann taugt der Begriff schwerlich als Instrument sozialwissenschaftlicher Analyse. Schon gar nicht sollte die Anrufung der Krise uns aber dazu nötigen, angesichts kommender Verwerfungen den Bestand an politischen Institutionen gleich mit aufzugeben.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2013/11/Wolfgang-Streeck-Gekaufte-Zeit>